Namslauer Stadtblatt

Täglich erscheinende Zeitung für Stadt und Kreis Namslau

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich sechsmal: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag und kostet in der Geschäftsstelle, sowie in den Verkaufsstellen monatlich 1.35 Goldmark. Postbezug nur für den Kalendermonat. Träger- und Auskunftsgebühr 30 Goldpfennig. — Bei höherer Gewalt, Betriebsdrang, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher übermittelter Anzeigen wird keine Gewähr geleistet.

60. Jahrgang.

Anzeigen-Preise:
Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Goldpfennig, für Auswärtige 25 Goldpfennig, im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die einspaltige Petitzeile 75 Goldpfennig. **Schluß der Anzeigenannahme bis 8 Uhr vormittags am Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor bis 10 Uhr vormittags.** — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — **Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.**

Fernsprecher 94.

Druck, Verlag und Expedition: Namslauer Druckerei-Genossenschaft m. b. H., Namslau, Andreas-Kirchstraße 13.
Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Hans Tietze, Wilkau.

Nr. 159. | Sonnabend den 9. Juli | **1932.**

Die Taktik der Kompromisse.

Lausanne, 7. Juli.

Neue Schwierigkeiten sind durch die Besprechung der französisch-englischen Schuldenregelung entstanden. In der Unterredung zwischen MacDonald und Herriot, die bereits vor 9 Uhr früh begann, sind die Abänderungen des Churchill-Caillaux-Abkommens beraten worden, da nach diesem Abkommen bereits am 15. Juli die französische Regierung einen Betrag von 1½ Millionen Pfund an England zu zahlen hat. Am gleichen Datum ist ein Schuldenbetrag der italienischen Regierung an England fällig. Auch über die englisch-italienische Schuldenregelung sind Besprechungen zwischen MacDonald, Grandi und dem italienichen Finanzsachverständigen Pirelli im Gange. Die französischen und italienischen Rückzahlungen an England sind vorläufig durch die große Moratoriumserklärung der Mächte auf der Lausanner Konferenz vom 16. Juni aufgeschoben, werden jedoch mit dem Abschluß der Konferenz fällig.

In der Unterredung zwischen MacDonald und Herriot ist jetzt auf englischer Seite zum Ausdruck gekommen, daß die englische Regierung zu einem Entgegenkommen in der englisch-französischen Schuldenfrage bereit sei, falls die französische Regierung ihrerseits in der Regelung der deutschen Tributfrage Entgegenkommen zeige.

Weiter wird von englischer Seite mitgeteilt, daß Herriot die großen Schwierigkeiten der Stellung der französischen Regierung auf der Konferenz zum Ausdruck gebracht habe, die auf der einen Seite in den innerpolitischen Angriffen, auf das Herriot-Kabinett liegen, andererseits in der völligen Ungeklärtheit der interalliierten Schuldenregelung und der jetzt fälligen französischen Schuldenzahlungen an England.

Die französische Regierung sei hierdurch in die Zwangslage versetzt, eine Generalregelung unter allen Umständen herbeizuführen.

Auf englischer Seite wird offen erklärt, daß demgegenüber die taktische Lage Deutschlands außerordentlich günstig sei. Die englische Regierung müsse auf einen baldigen positiven Abschluß der Konferenz drängen, da ein Zusammenbruch sowohl der Genfer Abrüstungskonferenz als auch der Lausanner Reparationskonferenz für die englische Regierung auch aus Prestigegründen völlig untragbar sei. In einer ähnlichen Lage befindet sich die französische Regierung.

Lediglich die deutsche Regierung zeige nicht die geringste Eile und befinde sich in der glücklichen Lage, im Falle eines erfolglosen Ausganges der Lausanner Konferenz ruhig die weitere Entwicklung abwarten zu können, da in diesem Falle automatisch eine Verlängerung des Hoover-Moratoriums eintreten würde und Deutschland damit vorläufig von weiteren Zahlungen befreit sei.

Es wird jetzt ein Vorschlag erwogen, die von Deutschland geforderte Streichung des gesamten Teiles VIII des Versailler Vertrages (Tribute und Kriegsschuldlüge) dadurch zu regeln, daß in der Schlußerklärung der Konferenz bestimmt wird, das neue Abkommen trete an die Stelle des Teiles VIII des Versailler Vertrages.

Eine derartige Formulierung soll der französischen Regierung die Annahme der deutschen Forderungen erleichtern, damit der Kriegsschuldparagraph nicht ausdrücklich aus der Welt geschafft, sondern lediglich der gesamte Teil VIII einschließlich des § 231 durch das neue Abkommen ersetzt würde.

Im französischen Lager sollen nach französischen Mitteilungen gewisse Gegensätze entstanden sein, da Finanzminister Germain-Martin an der Vier-Milliarden-Ziffer festhalte, während Herriot weniger Bedeutung der Ziffernfrage als den politischen Forderungen beimißt, jedoch soll

vollständige Uebereinstimmung

darüber herrschen, daß Frankreich Garantien für die gemeinsame Regelung der interalliierten Schulden und der Tributfrage erhalten müsse und keine politischen Zugeständnisse an Deutschland gemacht werden dürfen.

Fünf Milliarden an Herriot „gezahlt"

Herriot hat zu seinem 60. Geburtstag von unbekannter Seite einen Fünfmilliardenmarkschein aus der Inflationszeit erhalten mit dem Vermerk: „Zur Verrechnung auf Reparationskonto."

Es muß jedoch bedauerlicherweise als fraglich erscheinen, ob die französische Regierung diese von unbekannter Seite erfolgte „Abschlußzahlung Deutschlands" als eine endgültige Regelung der Tributfrage annehmen wird.

Wendung in den Verhandlungen?

Reichskanzler von Papen und Ministerpräsident Herriot wurden telephonisch von MacDonald in die Sitzung des Büros gerufen. Durch die plötzliche Zuziehung des Reichskanzlers und des französischen Ministerpräsidenten wird allgemein darauf geschlossen, daß eine gewisse Wendung in den Verhandlungen eingetreten ist und MacDonald nunmehr die Stellungnahme der verantwortlichen Führer der deutschen und der französischen Abordnung anhören will. Die Verhandlungen scheinen gewissen Entscheidungen entgegenzueilen.

Schwierige Schlußverhandlungen

Lausanne, 7. Juli.

Nach der neuen Sitzung der sechs einladenden Mächte erklärte der französische Ministerpräsident, die Lage sei „völlig undurchsichtig". Er habe die politischen Forderungen der deutschen Abordnung auf Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands in der Abrüstungsfrage und Streichung des Kriegsschuldartikels 231 des Versailler Vertrages abgelehnt und müsse diese Versuche, politische Forderungen mit der Tributfrage zu verbinden, von sich weisen. Die Lage sei außerordentlich ernst und schwierig.

Tributformel gefunden?

Entscheidende Wendung in Lausanne.

Lausanne, 7. Juli.

Reichskanzler von Papen und der französische Ministerpräsident Herriot wurden von dem englischen Ministerpräsidenten telephonisch zu einer neuen Sitzung berufen, an der nur die Chefs der Delegationen der sechs einladenden Mächte teilnahmen. Nach englischen Mitteilungen soll in den politischen Fragen, besonders über die Streichung des Teiles VIII des Versailler Vertrages eine juristische Formel gefunden sein, die sowohl den deutschen wie den französischen Interessen entspricht. In dieser Erklärung, die auf das Haager Abkommen gestützt wird, soll zum Ausdruck gebracht sein, daß die Bestimmungen des Versailler Vertrages, soweit sie sich auf die Reparationen beziehen, als aufgehoben gelten.

Abrüstungskonferenz in Tätigkeit

Ein Entschließungsentwurf des Büros.

Genf, 7. Juli.

In der Sitzung des Büros der Abrüstungs-Konferenz war Deutschland durch Botschafter Nadolny, Frankreich durch Kriegsminister Paul-Boncour, England durch Außenminister Simon, Italien durch General Cavallero, die Vereinigten Staaten durch Botschafter Gibson und Sowjetrußland durch Außenminister Litwinow vertreten. Die Aufgabe war, einen Beschluß über die Zukunft der Konferenz zu fassen.

Die wichtigste Frage der Tagesordnung war die Festsetzung eines Programms für die nächste Sitzung des Hauptausschusses.

Zunächst schlug Präsident Henderson vor, daß der Hauptausschuß am Donnerstag zur Aussprache über den Hoovervorschlag zusammentreten möge, wobei vor allem die Vertreter der kleinen Mächte, die bisher noch nicht zum Genfer Plan gesprochen haben, berücksichtigt werden sollen.

Nach dreistündiger Aussprache beschloß das Büro, den Hendersonschen Vorschlag anzunehmen und den Hauptausschuß zur Aussprache der kleineren Mächte über die Hoover-Vorschläge auf Donnerstag einzuberufen. Auf englischen Vorschlag wurde ferner beschlossen, daß Sir John Simon nach vorheriger Fühlungnahme mit anderen zworonungen einen Entschließungsantrag ausarbeiten solle, der alle Punkte enthalten wird, über die bisher Uebereinstimmung erzielt wurde.

Dieser Entschließungsantrag soll noch vor den Sommerferien im Hauptausschuß beraten werden, da man wenigstens mit einem kleiner „Ergebnis" in die Ferien gehen will. Ueber den Zeitpunkt der Konferenzvertagung selbst wurde noch kein Beschluß gefaßt, doch deutete Henderson an, daß die Konferenz bestimmt vor Ende Juli vertagt werde.

Auf Einwendungen des deutschen und des russischen Vertreters gegen den englischen Vorschlag wies Henderson darauf hin, daß Abordnungen, die mit dem Text der Entschließung nicht einverstanden seien, ja auch später im Hauptausschuß Gelegenheit hätten, Kritik und Aenderungsvorschläge vorzubringen.

Völkerbundseinladung an die Türkei

Die außerordentliche Völkerbundsversammlung beriet die Frage der Einladung der Türkei. 16 Redner, darunter die Vertreter aller Großmächte sowie Oesterreichs, Ungarns, Bulgariens, Australiens, Irlands, Polens, Portugals und anderer Staaten, begrüßten den Vorschlag, die Türkei einzuladen, und erklärten, ihn ohne Einschränkung zu unterstützen.

Der Vertreter Deutschlands, Gesandter Göppert, führte u. a. aus, daß die bisherige Abwesenheit der Türkei von Genf eine empfindliche Lücke im Völkerbund bedeutet habe, denn die Türkei sei unter der weisen Führung ihres berühmten Staatsoberhauptes ganz besonders befähigt, am Friedenswerk des Völkerbundes mitzuarbeiten. Deutschland sei vor allem deshalb glücklich, sich der Einladung anzuschließen, weil sich diese Einladung an einen alten und treuen Freund Deutschlands richte.

Nach Beendigung der allgemeinen Aussprache nahm die Versammlung einstimmig eine Entschließung an, die feststellt, daß die Türkei alle Voraussetzungen für die Aufnahme in den Völkerbund erfülle. Es wurde deshalb beschlossen, die türkische Regierung zum Beitritt einzuladen.

Papen, der Testamentsvollstrecker Brünings

Das Zeugnis Brünings.

Die Notverordnungen des Kabinetts Papen, die wir wiederholt scharf abgelehnt haben, werden von der Linken vor allem mit der Behauptung bekämpft, daß sie weit über all das hinausgehen, was je Brüning beabsichtigt habe. Auch der bayerische Ministerpräsident Held hielt es nicht unter seiner Würde, die Demagogie der Linkspresse sich restlos zu eigen zu machen, indem er auf einer Wahlversammlung der Bayerischen Volkspartei u. a. ausführte: „Das Kabinett Papen hat Notverordnungen finanzieller und wirtschaftlicher Art erlassen, die nicht leichter, sondern schwerer zu tragen sind als alles, was das Kabinett Brüning je an Lasten dem deutschen Volke aufbürden mußte. — Demgegenüber bekannte Reichskanzler Brüning auf einer Wahlversammlung in Köln mit großer Offenheit, die absolut sympathisch berührt: „Ihm liege es nicht, gegen die neue Notverordnung irgendwie polemisch aufzutreten. Nachdem sein Kabinett aber eine Notverordnung unterschriftsreif fertig gehabt habe, mache es nicht den Eindruck übermenschlicher Energie, wenn jetzt im Laufe von vier Wochen eine Seite dieser fertigen Notverordnungen nach der anderen schlagartig herausgeworfen werde."

In dieser vielleicht ungewollten und unfreiwilligen Ironisierung der Notverordnung der Regierung Papen ist das glatte Geständnis des Herrn Dr. Brüning enthalten: Die letzten Notverordnungen sind in Tat und Wahrheit nichts anderes als das Erbe Brünings. Und Papen ist im eigentlichen Sinne des Wortes der Testamentsvollstrecker der Regierung Brüning.

Preußischer Landtag

„Vorwärts"-Verbot abgelehnt.

Berlin, 6. Juli.

Präsident Kerrl eröffnet die erste Sitzung der Juli-Tagung des Preußischen Landtages 13¼ Uhr. Die Sitzung bietet ein ausgesprochenes sommerliches Bild; zahlreiche Abgeordnete und Tribünenbesucher sind wegen der großen Hitze in Hemdsärmeln erschienen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Pieck (Komm.) sofortige Abstimmung über einen Antrag der kommunistischen Fraktion, durch den das Staatsministerium beauftragt werden soll, das Verbot des „Vorwärts" und der „Kölnischen Volkszeitung" aufzuheben sowie allgemein Zeitungen oder Organisationen weder von sich aus noch im Auftrage der Reichsregierung zu verbieten.

Abg. Dr. Hamburger (Soz.) bringt hierzu einen Aenderungsantrag seiner Fraktion ein, wonach das Staatsministerium ersucht werden soll, nochmals auf das Ernsthafteste wegen sofortiger Aufhebung des Verbots des „Vorwärts" und der „Kölnischen Volkszeitung" bei der Reichsregierung vorstellig zu werden. Abg. Kube (Nat.-Soz.) nennt den sozialdemokratischen Antrag faulen Zauber und wirft der sozialdemokratischen Fraktion vor, daß ihr Antrag nicht ehrlich gemeint sei.

Darauf wird der sozialdemokratische Aenderungsantrag gegen die Antragsteller und das Zentrum abgelehnt.

Der Antrag der kommunistischen Fraktion wird mit 197 Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten gegen 28 Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei bei einer Enthaltung angenommen.

Das Haus wendet sich dann der gemeinsamen Beratung zahlreicher Bergwerksanträge zu. Es handelt sich dabei u. a. um die Stillegung von Werken, Arbeiterentlassungen, das Grubenunglück auf der Schachtanlage Dorstfeld, Maßnahmen zur Erhaltung des Metallerzbergbaues usw.

Neues Zollgesetz in Polen

Erleichterungen für deutsche Filme.

Warschau, 7. Juli.

Von der polnischen Regierung wird unabhängig von dem neuen Zolltarif ein neues Zollgesetz ausgearbeitet, das als einheitliches Zollrecht an Stelle der bis jetzt noch geltenden alten Zollverwaltungsgesetze aus der Zeit vor der Gründung des jetzigen polnischen Staates treten und gleichzeitig auch die Zollverordnung von 1919 aufheben würde.

Gleichzeitig soll ein neues einheitliches Filmgesetz im polnischen Handelsministerium fertiggestellt worden sein, in dem u. a. gewisse Erleichterungen für die Einfuhr deutscher und sowjetrussischer Filme nach Polen vorgesehen werden. Obgleich ein Gesetz, das die Einfuhr deutscher Filme in deutscher Fassung verbietet, nicht besteht, so haben die polnischen Behörden es doch verstanden, die deutschen Filme nur in französischer oder englischer Fassung in Polen laufen zu lassen.

Nunmehr sollen nach dem neuen Gesetz Filme in deutscher Fassung den anderen nach Polen eingeführten Filmen gleichgesetzt werden. Man geht hierbei von dem Gedanken aus, daß das Publikum entschieden besser in vielen Gegenden des Landes deutsche als französische oder englische Filme versteht.

Desgleichen sollen gewisse Erleichterungen auch für die Einfuhr sowjetrussischer Filme geschaffen werden. Im Laufe des Jahres 1931 sind beispielsweise im ganzen nur drei sowjetrussische Filme nach Polen eingeführt worden.

Eine schwedische Ansicht

Die Kündigung des Handelsvertrages.

Stockholm, 7. Juli.

Das Stockholmer Blatt „Svenska Dagbladet" schreibt zur Kündigung des deutsch-schwedischen Handelsvertrags u. a. Wenn man sehe, wie sich der Handel zwischen den beiden Ländern entwickelt habe, müsse man staunen, daß die Kündigung des Vertrages von deutscher Seite komme. Schweden habe viel mehr Ursache zu Klagen als Deutschland. Man brauche nur an die Restriktionen für die schwedische Ausfuhr nach Deutschland zu erinnern, die sowohl bei der schwedischen Landwirtschaft wie auch bei der schwedischen Industrie starken Unwillen hervorgerufen hätten.

Die deutsche Einfuhr nach Schweden habe während des letzten Jahres ungefähr ein Drittel der gesamten schwedischen Einfuhr ausgemacht. Dagegen habe die schwedische Ausfuhr nach Deutschland früher ungefähr die Hälfte der deutschen Einfuhr nach Schweden betragen, während des letzten Jahres sei sie aber gesunken und betrage jetzt nur noch etwa ein Viertel der deutschen Einfuhr nach Schweden.

Gibt de Valera nach?

Entspannung zwischen England und Irland.

London, 7. Juli.

Der irische Kabinettsausschuß erörterte die englisch-irische Streitfrage. Hierbei wurde insbesondere das Vorgehen de Valeras erörtert, die an England fälligen Zahlungen auf ein besonderes Zwischenkonto einzutragen.

Diese Maßnahme wurde als starke Erleichterung der englisch-irischen Spannung begrüßt. Wie verlautet, wird Thomas im Unterhaus mitteilen, daß die englische Regierung keineswegs die übersturzte Ergreifung von wirtschaftlichen Sanktionsmaßnahmen beabsichtige, sondern lediglich mit den Vollmachten ausgerüstet sein wolle, die im Fall einer Nichtregelung der Streitfrage zum Schutz des englischen Steuerzahlers nötig werden.

Die Antwortnote Englands an de Valera in der Frage der Schiedsgerichtsbarkeit ist, wie verlautet, in versöhnlichem Ton gehalten.

„Militärbesuche" im Westen

Französische Soldaten 5 Kilometer hinter der deutschen Grenze.

Pirmasens, 7. Juli.

Ein französischer Leutnant und ein Unteroffizier erschienen in dem etwa 5 Kilometer von der Grenze entfernt liegenden Dorf Ludwigswinter. Als die Dorfbewohner zusammenliefen, erklärten die Franzosen, die aus Richtung Obersteinbach (Elsaß) gekommen waren, daß sie sich verritten hätten. Sie tränkten darauf am Dorfbrunnen ihre Pferde. Als einer der Zollbeamten sich näherte, ergriffen die Franzosen die Flucht, von den Beamten auf Fahrrädern, sowie von Einwohnern verfolgt, ohne jedoch eingeholt werden zu können.

In letzter Zeit sind auch wiederholt Grenzüberflegungen französischer Militärflugzeuge erfolgt. Es wäre an der Zeit, daß diesen zweifellos absichtlichen „Besuchen" französischer Militärs auf deutschem Boden ein Ende gemacht würde.

Kleine politische Meldungen

England soll alle Handelsverträge kündigen. Der Weltreichs-Industrieverband hat den englischen Vertretern für die Weltreichskonferenz in Ottawa eine Denkschrift übersandt, in der für Kündigung aller Handelsverträge eingetreten wird.

Norwegen schreitet zur Besetzung Ostgrönlands. Der Vorsitzende des norwegischen Eismeerrats erklärte, daß man norwegischerseits zu neuen Besetzungen auf Ostgrönland schreiten müsse, weil Dänemark seinen sämtlichen diesjährigen Grönlandexpeditionen Polizeigewalt übergeben habe.

Keine Ernteverschleuderung.

Um eine Verschleuderung der neuen Ernte zu verhindern, was um so notwendiger ist, als Deutschlands Brotgetreidebedarf im neuen Jahr zum ersten Male aus eigener Scholle gedeckt werden kann, hat die Reichsregierung umfangreiche Maßnahmen getroffen. Zweck dieser Maßnahmen ist einmal, den Angebotsdruck zu vermindern und zu verteilen, zum andern, den Markt aufnahmefähig zu machen.

Die Grundzüge der neuen Maßnahmen zur Verhinderung der Ernteverschleuderung zeichnete

Reichsernährungsminister Freiherr von Braun

in einer Rundfunkrede. Einleitend verwies der Minister auf den Erfolg der Umstellungspropaganda, der darin bestehe, daß wir keinen Einfuhrbedarf an Brotgetreide mehr haben.

Die wichtigsten Nahrungsmittel, Brot, Kartoffeln, Fleisch und Fett stünden uns aus eigener Erzeugung in ausreichendem Maße zur Verfügung, so daß uns niemand mehr durch Hunger auf die Knie zwingen könne.

Zu Gunsten des Roggenmarktes wird eine Erhöhung des Roggenverbrauches um mehrere 100 000 Tonnen durch Aufhebung der im letzten Frühjahr zur Streckung der Roggenvorräte eingeführten Festsetzung der Ausmahlungsgrenze von 70 v. H. erreicht werden. Die noch im Besitz der Deutschen Getreide-Handels-Gesellschaft befindlichen Mengen an Russenroggen werden nicht am Getreidemarkt, sondern verkoppelt mit deutscher Gerste zur Stützung des Gerstenmarktes abgesetzt werden.

Den Geflügelhaltern wird in stark erweiterten Ausmaß und unter der Bedingung, die Eier zu standardisieren, verbilligter Mais zur Verfügung gestellt werden.

Auf die Einzelheiten der Maßnahmen zur Sicherung der Ernte eingehend, führte Minister von Braun aus, die Reichsregierung habe es für ihre Pflicht gehalten, 1. den Gläubigerdruck auf die Landwirtschaft möglichst zu mildern und 2. Maßnahmen zu treffen, die dem Landwirt die Möglichkeit geben, sein Geldbedürfnis zu befriedigen, ohne die Waren sofort verkaufen zu müssen.

Zur Milderung des Gläubigerdruckes sei der Vollstreckungsschutz für Grundstücke verlängert worden.

Darüber hinaus sei darauf hingewirkt worden, daß die Reichsbank, die Rentenbank-Kreditanstalt und die sonstigen Kreditinstitute keinen unzeitigen Druck bei der Einlösung ihrer Forderungen in den nächsten Monaten ausüben werden. Zur Befriedigung der Geldbedürfnisse der Landwirtschaft seien Möglichkeiten für eine Beleihung des Getreides geschaffen worden.

Im Interesse der Erhöhung der Aufnahmefähigkeit des Marktes, wobei es von Bedeutung ist, daß die Bestände aus dem alten Erntejahr mit Beginn des neuen Jahres als aufgebraucht gelten können, wird am Weizenmarkt wiederum der Vermahlungszwang von 97 Prozent eingeführt, wobei die Weizenmühlen 230 000 Tonnen zusätzlich für 4 Monate einlagern. Als weiteres Entlastungsventil wird auch das Austauschexportverfahren für Weizen und Roggen ab August in Kraft gesetzt.

Zum Schluß führte der Minister aus: Daß die Verminderung der Kaufkraft des Bauern die furchtbarsten Folgen auch für unsere Städte, für die Industrie, den Handel und das Handwerk gehabt hat, weiß jeder, der überhaupt den Anspruch erheben kann, volkswirtschaftlich zu denken. Die großen Aufgaben, die die Regierung nun zu lösen hat, liegen auf dem Gebiet der tierischen Erzeugung und auf dem Gebiet von Obst, Gemüse und Holz.

Ich werde keinen Zweifel darüber lassen, daß beim Bauern das Zentralnervensystem unserer ganzen deutschen Wirtschaft liegt, und daß der Aufstieg des deutschen Bauern

---

Das Märchen von Ilsabe

Ein Liebesroman aus friderizianischer Zeit von Paul Hain.

Copyright 1931 by Romandienst Digo, Berlin W 30.

Schluß.

Sie taumelte Köckeritz entgegen. Die Grenadiere drückten sich zur Tür hinaus.

„Herrgott, Ilsabe! Hier — hier finde ich dich!"

Und in diesen Augenblicken versank den beiden die grausige Umwelt, Blut, Pulverdampf und Schlachtlärm — denn ein Wunder war geschehen, ein Wunder der Liebe.

Ihre Lippen fanden einander in einem langen, glühenden Kuß.

Erst als das kleine Häuflein Unglück, das Gwendolyn Fröhlich hieß, aus dem Lehnstuhl krabbelte und neben ihnen stand, tauchten sie aus der Seligkeit dieser Minuten auf.

„So also schaut der Köckeritz aus", sagte die alte Dame und hatte gar keine Angst mehr.

„Meine Muhme", flüsterte Ilsabe. „Ich habe ihr soviel von dir erzählt."

„Das nenn' ich eine Verlobung, Kind. Herr Hauptmann, nun halten Sie sie aber fest. Ein zweites Mal meint es das Schicksal nicht so gut."

Köckeritz lachte beglückt und hob Ilsabe hoch in die Luft.

„Die geb' ich nicht wieder her, Madame. Schwer genug hab' ich sie mir heute erkämpft."

Er sollte es auch nicht nötig haben. —

Ueber das Schlachtfeld von Leuthen tönte plötzlich feierlich und getragen, von der Militärkapelle gespielt, ein Choral. Des großen Königs Dankgebet an den Allmächtigen droben im Himmel für den glorreichen Sieg, den er seinen Waffen geschenkt, und die Stimmen der Grenadiere fielen machtvoll ein:

„Nun danket alle Gott
Mit Herzen, Mund und Händen —"

Feierlich strahlten die Sterne am kühlen Winterhimmel über die stummen Schläfer, die nie mehr erwachen würden, und über die Lebenden, die den Helm in verkrampften Fäusten zum Gebet hielten.

Etwas später bekam das Haus der Gwendolyn Fröhlich hohen Besuch, wie sie ihn nie in ihrem Leben empfangen hatte.

König Friedrich und Graf Seydlitz!

Seydlitz hatte sich voll Unruhe auf den Weg gemacht, um nach seiner Tochter zu sehen, und der König suchte nach Köckeritz und wurde den gleichen Weg wie Seydlitz gewiesen. Er wunderte sich kaum, den Köckeritz hier zu finden, und als dieser und Ilsabe ihm entgegentraten, rief er heiter aus:

„Hab' ich's nicht gesagt, Herr von Köckeritz, daß Ihr sie allein wiederfinden würdet? Mein Gott, was muß die Liebe für eine geheimnisvolle Macht sein."

Seydlitz schnitt eine saure Grimasse.

Ilsabe fiel ihm in ihrer Herzensseligkeit um den Hals:

„Mein Vater — Sie dürfen nicht mehr nein sagen. Jetzt nicht mehr!"

Der König schmunzelte. Köckeritz sah den Grafen bittend an.

Da sagte Friedrich:

„Herr von Köckeritz, Sie haben Ihr Wort gehalten: Ihr Blut für den König von Preußen. Seit Lobositz haben Sie sich wacker geschlagen und heute die erste Attacke gegen Leuthen geführt. Es war herrlich, wie Sie's gemacht haben. Sie haben nicht nur Herz, sondern auch Verstand und eine tüchtige Faust. Das wollt' ich Ihnen sagen. Ich danke Ihnen, Herr — Oberst von Köckeritz!"

Er reichte ihm die Hand.

Ilsabe stieß einen kleinen, jubelnden Laut aus. Köckeritz sah den König mit strahlenden Augen an.

„Majestät —"

„Schon gut. Graf Seydlitz, haben Sie nun noch etwas gegen den Wunsch der Demoiselle?"

Da mußte auch Seydlitz lachen.

„Nicht mehr, Majestät!"

„Dann mag morgen der Feldprediger seine Pflicht tun. Eher geben die beiden ja doch keine Ruhe."

Und, die langentbehrte Prise aus der goldenen Schnupftabaksdose nehmend, grüßte er gnädig und ging hinaus. Noch auf der Treppe hörte er den jubelnden Doppelschrei, Ilsabes süße Mädchenstimme und des Köckeritz' lauten, hallenden Siegesruf:

„Vivat. Fridericus Rex!"

E—n—d—e.

den ersten Schritt bedeutet auf dem Wege aus der Knechtschaft ins Freie, dem Wege, an dem wir alle gebunden sind, ob wir körperlich oder geistig arbeiten, ob wir die Hand an der Maschine oder am Pfluge halten.

Kampf der DNVP. gegen die öffentliche Wirtschaft

Im Jahre 1920 stand das Sozialisierungsgesetz im Reichstag zur Debatte, das bekanntlich die vollständige Sozialisierung des gesamten Nahrungsmittelgewerbes, d. h. der Bäcker, Fleischer und des Kolonialwaren-Einzelhandels aussprechen sollte. Damals ist es den Deutschnationalen gelungen, durch ihre entschiedene Stellungnahme das Sozialisierungsgesetz zu Fall zu bringen.

Im Preußischen Landtag verlangte der grundlegende Gesetzentwurf, der seitens der Deutschnationalen Volkspartei im Jahre 1928 eingebracht worden ist, daß in Zukunft in allen Gemeindeparlamenten Preußens eine 2/3-Mehrheit bei Neuerrichtung kommunaler Wirtschaftsbetriebe notwendig werden sollte.

Die Deutschnationalen haben auch in Berlin den Kampf gegen einzelne Unternehmungen der öffentlichen Hand, wie z. B. gegen die Reklame-Anschlagagesellschaft, die Brennstoffgesellschaft, die öffentlichen Gärtnereien, die Anschaffungs- und Kleidervertriebsgesellschaft, Schlackensteinwerke usw. geführt. Dieser Kampf hatte 1931 einen Teilerfolg, indem etwa 40 Tochtergesellschaften der 250 Hauptbetriebe der städtischen Verwaltung zur Auflösung gelangten.

In anderen Großgemeinden, wie z. B. Frankfurt/Main, in den rheinischen Großgemeinden, in Leipzig, in Breslau usw. liegen die Verhältnisse ähnlich wie in Berlin. Für die gesamte mittelständische Privatwirtschaft hat sich die praktische Aufhebung der Selbstverwaltung, die durch die demokratisch-sozialistischen Machthaber durchgeführt worden ist, außerordentlich schwerwiegend ausgewirkt.

Die Rettung vor der öffentlichen Wirtschaft bringt nur eine Politik, wie sie die Deutschnationale Volkspartei treibt, deren oberstes Ziel auf dem Gebiete der Kommunalpolitik die Wiederherstellung der Selbstverwaltung und des Einflusses der namhaften Stellen in den Kommunen ist.

Herm. Dahl.

Auslands-Rundschau

11. Juli Memelklage im Haag.

Nachdem der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag sich im Memel-Verfahren am 24. Juni entgegen dem litauischen Antrag für die Entscheidung in den Fragen 5 und 6 der von England, Frankreich, Italien und Japan eingereichten Memelklage für zuständig erklärt hat, werden diese beiden Fragen nunmehr Gegenstand öffentlicher Verhandlungen des Gerichtshofes werden, deren Beginn auf den 11. Juni festgesetzt ist. Bei den beiden Fragen handelt es sich darum, ob die Ernennung des Directoriums Simaitis und die Auflösung des Memelländischen Landtages zu Recht erfolgt sind.

Neue Umsturzbewegung in Chile?

Trotz strengster Zensur und eines Dementis sickert aus Chile die Nachricht durch, daß 38 Kommunisten bei einem Ueberfall auf Polizeibaracken durch Maschinengewehrfeuer getötet worden sind. Private telephonische Mitteilungen besagen, daß die Regierung Davilas stündlich an Macht verliere und ein neuer Umsturz jederzeit zu erwarten sei. Die Junta habe einen großen Teil der Truppen in der Nähe von Santiago zusammengezogen, da der Ausbruch eines kommunistischen Aufstands drohe.

Deutsche Tagesschau

„Kölnische Volkszeitung" vom 7. bis 9. Juli verboten.

Die Pressestelle des Oberpräsidiums der Rheinprovinz teilt mit: „Nachdem der vierte Strafsenat des Reichsgerichts durch Beschluß vom 5. Juli das vom Reichsinnenministerium geforderte fünftägige Verbot der „Kölnischen Volkszeitung" in einem Umfange von drei Verbotstagen für zulässig erklärt hat, ist auf Anweisung des Herrn preußischen Ministers des Innern seitens des Oberpräsidiums der Rheinprovinz das Erscheinen der Zeitung für die Dauer vom 7. bis 9. Juli einschließlich verboten worden."

Kontingentierung der Frühkartoffeleinfuhr.

Im „Reichsanzeiger" erschien eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, durch die die Einfuhr von Kartoffeln in der Zeit bis zum 31. Juli 1932 unter Einfuhrverbot gestellt wird. Ohne Bewilligung zugelassen ist nur noch die Einfuhr von Kartoffeln, soweit sie unter Einbeziehung der seit dem 1. Juli 1932 eingeführten Mengen 70 v. H. der Gesamtkartoffeleinfuhr im Juli 1931 nicht überschreitet. Der Anteil der einzelnen Länder an diesem Kontingent wird nach ihrer Durchschnittseinfuhr in den Monaten Juli 1930 und 1931 berechnet. Ab 1. August 1932 tritt der handelsvertraglich nicht gebundene höhere Kartoffelzoll wieder in Kraft.

Zur Einberufung des Reichstags-Ueberwachungsausschusses.

Namens der bisherigen sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder hat der bisherige Abgeordnete Dr. Herz den Reichstagspräsidenten in einem Schreiben gebeten, die nötigen Schritte zum Zusammentritt des Ueberwachungsausschusses des Reichstags einzuleiten, nachdem dessen Vorsitzender, Abgeordneter Strasser (Nat.-Soz.) die Einberufung bisher nicht veranlaßt hat. Es wird in diesem Schreiben erklärt, daß sich nunmehr seit fast vierzehn Tagen die Mehrheit der Ausschußmitglieder für die Einberufung eingesetzt habe. Der Reichstagspräsident wird, wie verlautet, dem Vorsitzenden Mitteilung von diesem Schreiben geben und ihn um die Einberufung des Ausschusses ersuchen.

Sieg der Nationalrevolutionären Partei in Mexiko. Die bisherigen Ergebnisse der mexikanischen Neuwahlen zeigen einen klaren Sieg der Nationalrevolutionären Partei in ganz Mexiko. Die Nationalrevolutionäre Partei ist bereits seit zehn Jahren im Besitze der parlamentarischen Mehrheit.

Arbeitslosenausschreitungen in Chicago. Im Chicagoer Stadtteil Kensington stürmten 500 Arbeitslose mit ihren Familien eine städtische Lebensmittelniederlage, warfen die Fenster mit Ziegelsteinen ein und plünderten die Niederlage vollständig aus. Fünf Polizeibeamte trieben die Menge gewaltsam auseinander.

Chronik der Krawalle.

Fünf Verletzte in Duisburg.

In den Abendstunden kam es an verschiedenen Stellen Duisburgs zu schweren politischen Zusammenstößen. In der Wörth-Straße griffen die Kommunisten die Nationalsozialisten mit Steinen an. Ein Nationalsozialist gab daraufhin auf die Kommunisten mehrere Schüsse ab und verletzte einen Kommunisten am Unterschenkel. Die herbeigerufene Polizei nahm drei Personen fest. In der Königstraße entwickelte sich eine Schlägerei zwischen Handzettel verteilenden Reichsbannerleuten und Mitgliedern der NSDAP., in deren Verlauf eine Person so schwere Verletzungen davontrug, daß sie in das Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Ein Ueberfallkommando trieb die Menge auseinander, aber nach kurzer Zeit kam es im Stadtteil Neudorf, wohin sich die Streitenden zurückgezogen hatten, zu einer neuen Schlägerei. Dabei wurden auch mehrere Schüsse abgegeben, durch die drei der Beteiligten verletzt wurden, davon zwei sehr erheblich. Die Polizei nahm 23 Verhaftungen vor.

Ein viertes Todesopfer in Essen.

Der Arbeiter Heinrich Steinweg aus Dortmund-Brakel, der bei den Angriffen auf die Polizei am Sonntag in Essen durch einen Halsstecksschuß verletzt wurde, ist im Krankenhaus seiner Verletzung erlegen. Die blutigen Ausschreitungen anläßlich der sogenannten Ruhr-Spartakiade haben somit ein viertes Todesopfer gefordert.

Zahlreiche Verletzte in Köln.

Zu folgenschweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Angehörigen der NSDAP. kam es auf dem Ehrenfeld-Gürtel in der Nähe einer kommunistischen Agitationsbude. Hier wurden etwa 30 Schüsse gewechselt. Bei den Nationalsozialisten wurden sechs Verletzte festgestellt. — Als die Polizei gegen eine Zusammenrottung von Kommunisten vorging, wurde sie angegriffen. Sie machte von der Schußwaffe Gebrauch, worauf die Kommunisten die Flucht ergriffen. Insgesamt wurden 25 Personen vorläufig festgenommen.

Ausschreitungen bei Aachen.

In der Ortschaft Haaren bei Aachen kam es ebenfalls zu erheblichen Ausschreitungen von Kommunisten. Die Kommunisten zogen von einem Versammlungslokal aus zu dem Hause eines Nationalsozialisten, auf das sie ein Steinbombardement eröffneten. Das Ueberfallkommando schritt ein und nahm etwa 25 Kommunisten fest.

Schießereien in Ludwigshafen.

Die Nationalsozialisten veranstalteten einen Aufmarsch durch die Straßen der Stadt Ludwigshafen. Dabei kam es im Stadtteil Nord zwischen Kommunisten und Zugteilnehmern zu einer Schlägerei, bei der es mehrere Verletzte gab. Die Nationalsozialisten rissen von Gartenumzäunungen Latten ab und schlugen damit auf die Angreifer ein. Aus einem Hause wurden Schüsse abgegeben. An einer anderen Stelle wurden die Zugteilnehmer von politischen Gegnern mit Steinen beworfen. Das Ueberfallkommando und berittene Polizei trieben die Menge auseinander und nahmen mehrere Verhaftungen vor.

Danzig protestiert.

Der Senat hat dem diplomatischen Vertreter Polens eine sehr scharfe Note übergeben lassen, in welcher er gegen die offensichtlich von der polnischen Regierung unterstützte Boykotthetze gegen Danzig Protest erhebt.

Drei Arbeiter vom Blitz getötet.

Königsberg 6. Juli. Ueber ganz Ostpreußen ging ein schweres Gewitter nieder, von dem besonders der Süden und Osten der Provinz heimgesucht wurden. In den Kreisen Rastenburg, Neidenburg und Stuhm wurde je ein Arbeiter auf dem Felde getötet. Zahlreiche Gehöfte wurden angezündet. Viel Vieh wurde auf der Weide getötet. Das Gewitter war von schwerem Hagelschlag begleitet, der auf den Feldern größte Verwüstungen anrichtete. Die Schloßen zerschlugen auch zahlreiche Fensterscheiben. So sind in einem Dorf allein 240 Scheiben zertrümmert worden.

Die Weihe des Breslauer Kolonial-Denkmals.

Festrede von General Ritter von Epp.

Unter außerordentlich reger Anteilnahme der Breslauer Bevölkerung, der schlesischen Kolonial- und Kriegervereine, im Beisein von Vertretern der Stadt Breslau, der Universität und der Reichswehr, fand am Sonntag die Einweihung des neuen Kolonialdenkmals auf der Liebichshöhe statt.

Weit über 100 Fahnen umgaben das Denkmal. Als erster Redner widmete Expriester Dittrich den gefallenen Kolonialkriegern Worte des Gedenkens. Pastor Lic. Dr. Bunzel stellte seinen Gedenkworten den Spruch voran: „Den Unbesiegten weihen dieses Denkmal die Besiegten, die siegen wollen und werden".

Nach dem Liede „Herr, hilf uns trauern" trat der Präsident des Kolonialkriegerverbandes, Generalleutnant Ritter von Epp, vor die Tausende, um die Enthüllung des Denkmals vorzunehmen. Das Denkmal so führte er aus, an dessen Einweihung alle Kreise der schlesischen Bevölkerung teilnehmen und auf das ganz Deutschland sehen wird, ist ein Zeichen dafür, daß unsere Kolonien Reichsland waren, das vom ganzen deutschen Volke geschaffen, verteidigt und verloren wurden. Dieses Land würde gerade heute in der Lage sein, Tausenden Brot und Unterkommen zu geben, es würde uns unerjegliche Ausfallpforten für die Weltgeltung schaffen, die Deutschland wegen seiner kontinentalen Einstellung so dringend bedarf. Alle Weltkriegskämpfer erblicken aber in diesem Denkmal ein Ehrenmal, weil die verlorengegangenen Kolonien in der Hauptsache auf deutschem Boden verteidigt und verloren wurden. Deshalb ist dieses Denkmal ein Symbol für das deutsche Volkstum. Nachdem die Hüllen vom Denkmal gefallen waren, sich die Fahnen unter den Klängen des Kameradenliedes gesenkt hatten, wies General von Epp auf die weitere Bedeutung des Denkmals hin, das uns immer daran erinnern soll, daß uns die Feinde das Recht abgesprochen haben, Kolonien zu besitzen und zu verwalten. Dagegen müsse genau so gekämpft werden, wie gegen die Kriegsschuldlüge. Mit dem Hinweis darauf daß dieses Denkmal auf dem Boden Schlesiens stehe, daß auch heute wie seit Jahrhunderten ein treues Kolonialland deutscher Kultur ist, wurde das Denkmal dem Schutz der Stadt Breslau übergeben. Stadtrat Dr. Schimmelpfennig gelobte für die Stadt treue Behütung. Nach weiteren Ansprachen wurden an dem Denkmal zahlreiche Kränze niedergelegt. An den Vorbeimarsch der Fahnenabordnungen schloß sich der Festzug nach dem Schießwerder. Durch die vielen Fahnenabordnungen und Kolonialkämpfer in den Uniformen der alten Schutztruppe bot der Festzug ein farbenfreudiges Bild, das Tausende trotz des ungünstigen Wetters auf die Straßen gelockt hatte.

Lokales.

Namslau, den 8. Juli 1932.

= **Konzert im Stadtpark.** Am Sonntag nachmittag gibt die Kreuzburger Stadtkapelle unter Leitung des Stadtkapellmeisters Ueberschaer ein großes Gartenkonzert. Das Programm ist ein auserwähltes, die guten Leistungen der Kapelle sind hier bekannt. Bei schlechtem Wetter findet das Konzert im Hotel Grimm statt.

= **Städtische Badeanstalt.** 7. Juli 1932: **Mittags 12 Uhr Wasserwärme 25 Grad, Luft 32 Grad, Wind Süd.** 8. Juli 1932: **Morgens 8 Uhr Wasserwärme 24 Grad, Luft 21 Grad, Wind Ost.**

= **Ev. Kirchliches.** Am Sonntag, den 10. Juli findet für die Stadt- und Landgemeinde ein Gottesdienst statt und zwar um 9 Uhr vorm. Kindergottesdienst ist um 10½ Uhr.

= **Abgabe zur Arbeitslosenhilfe.** Durch die letzte Notverordnung vom 14. Juni 1932 ist die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe ab 1. Juli 1932 eingeführt worden. Die Erhebung der Abgabe hat das Reich den Krankenkassen übertragen. Der Abgabe unterliegen alle Lohn- und Gehaltsempfänger. Die Arbeitgeber werden darauf hingewiesen, daß sie verpflichtet sind, die Abgabe bei den Lohnzahlungen einzubehalten und an die Krankenkasse abzuführen.

= **Gründungsversammlung der Ortsgruppe Namslau des Luftschutzverbandes Schlesien.** Am Donnerstag, den 30. Juni 1932 fand im Saale des Grimm'schen Hotels die Gründungsversammlung der Ortsgruppe Namslau des Luftschutzverbandes Schlesien statt. Nach einleitenden Worten über den Zweck und die Organisation des Luftschutzverbandes Schlesien durch Herrn Bürgermeister Dr. Lober schilderte Herr Med.-Rat Dr. Ernst in längerem Vortrage die Gefahren eines Luftangriffes besonders für das wehrlose Deutschland und begründete die Notwendigkeit, überall, auch in unserer Stadt, die als Grenzgarnisonstadt und Bahnknotenpunkt sich in erhöhter Gefahrlage befindet, besondere und schon in weitem Umfange mit Erfolg erprobte Schutzmaßnahmen für die Zivilbevölkerung sorgfältig und beschleunigt zu schaffen. Nach dem Vortrage wurde von der Versammlung entsprechend dem Vorschlage des Herrn Bürgermeister Dr. Lober ein Vorstand und die Ortsgruppe selber gebildet, der am gleichen Abend noch 22 Einzelpersonen bezw. Vereine als Mitglieder beitraten. In nächster Zeit werden die Leser unseres Stadtblattes in laufenden Artikeln ausführliche Mitteilungen über „Luftgefahr und Luftschutz" erhalten, damit die Aufklärung und Belehrung in möglichst weite Kreise hineingetragen wird.

= **V. D. A.** Die Ortsgruppe Namslau des Vereins für das Deutschtum im Auslande hielt am 29. Juni ihre diesjährige Mitgliederversammlung ab. Nach Begrüßung der Erschienenen durch den Vorsitzenden Herrn Kaufmann Rothe erstatteten der Schriftführer den Geschäftsbericht und der Schatzmeister den Kassenbericht. Für das Geschäftsjahr 1932 wurden einstimmig gewählt zum 1. Vorsitzenden Herr Rechtsanwalt Dr. Jüttner, 2. Vorsitzenden Herr Bürgermeister Dr. Lober, Schriftführer Herr Stadtinspektor Stasch, Schatzmeister Herr Reichsbahninspektor i. R. Ludwig, zu Beisitzern Fräulein Konrektorin Janssen und die Herren Regierungsrat Dr. Jüttner, Schulrat Maroske und Kaufmann Haesler. Ferner wurden gewählt zu Rechnungsprüfern die Herren Bäckerobermeister Gerlitz und Kaufmann Lehr und in den Veranstaltungsausschuß die Herren Mittelschullehrer Vater, Kürschnermeister Kusche, Lehrer Günzel und Kaufmann Rothe. Bisher ist es nicht gelungen, das Interesse unserer Bürgerschaft für die Bestrebungen des V. D. A. so zu entfachen, wie es erwünscht ist. Möge nunmehr der Ortsgruppe die Weckung freudiger opferwilliger Teilnahme aller Schichten der Bürgerschaft an den Zielen des V. D. A. gelingen, der, streng überparteilich und ebenso streng überkonfessionell, sich die Rettung und Erhaltung des Deutschtums der im Auslande lebenden 33 Millionen Deutschen durch Unterstützung dieser Deutschen und die Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen ihnen und dem deutschen Mutterlande zur Aufgabe gesetzt hat.

= **Doppelkarten im Verkehr mit der Riesengebirgsbahn.** Um den Ausflugsverkehr zu beleben, ist die Gültigkeitsdauer der im Verkehr mit den Bahnhöfen der Riesengebirgsbahn ab 1. Mai 1932 eingeführten Doppelkarten, die bisher ein Tag betrug, auf vier Tage einschließlich des Lösungstages erweitert worden. Die Karten werden in Hirschberg (Rgb.), Hbf., Schmiedeberg Rgb., Mittel-Schmiedeberg (Rgb.) und Ober-Schmiedeberg (Rgb.), sowie beim MGR in Hirschberg (Rgb.) (RGG) ausgegeben.

= **Kraftwagen gegen Eisenbahnschranke.** Am 5. Juli um 11,58 Uhr fuhr ein Kraftwagen auf der Kreuzung der Kunststraße Liegnitz — Parchwitz mit der Bahnstrecke Liegnitz—Breslau gegen die geschlossene Schranke. Personen wurden nicht verletzt. Schranke und Kraftwagen wurden beschädigt. Warnkreuze und Kraftwagenwarnzeichen sind vorhanden. Dies ist der 31. derartige Fall des laufenden Jahres im Reichsbahndirektionsbezirk Breslau.

= **Königschießen Bernstadt.** Die Schützengilde Bernstadt veranstaltet am 10., 11. und 12. Juli ihr traditionelles Königschießen, welches auch von hier aus besucht wird. Am Sonntag um 3 Uhr nachmittags beginnt das Schießen nach der Freischeibe. Der Haupttag ist der Montag. Der große Festzug bewegt sich schon vormittags 9,45 Uhr durch die Stadt nach den Schießständen, wo das Schießen nach der Königs- und Freischeibe stattfindet. Die Bernstadter Stadtkapelle konzertiert. Auf dem Festplatz sind Volksbelustigungen aller Art, Bier- und Weinzelte und eine Tanzdiele. Am Dienstag wird das Fest fortgesetzt. Der Einmarsch erfolgt 11 Uhr abends.

= **Wann werden landwirtschaftliche Unfallrenten gekürzt?** Die Pressestelle der Provinzialverwaltung von Niederschlesien teilt mit: Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 ist eine Kürzung der Unfallrenten mit Wirkung vom 1. Juli 1932 ab um 7½ Prozent bezw. 15 Prozent angeordnet worden. Diese Kürzungsvorschrift findet jedoch keine Anwendung, soweit wegen der Gewährung der Unfallrente Bezüge der Berechtigten aus der Invaliden-, der Angestellten oder der knappschaftlichen Pensionsversicherung ruhen. Da der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft ein etwaiges Ruhen gleichzeitig bezogener Invaliden- pp. Renten nicht bekannt ist, ist von ihr die Kürzung zunächst bei jeder Unfallrente im vollen Umfange vorgenommen worden. Sache des Rentenempfängers ist es also, falls ein solcher Fall vorliegt, seinerseits unter Beifügung des Invalidenrenten- pp. Bescheides, der das Ruhen der Rente anordnet, bei dem Vorstande der niederschlesischen Berufsgenossenschaft in Breslau, Landeshaus, die Aufhebung bezw. Minderung der Rentenkürzung zu beantragen.

= **Abhaltung von Bezirksbutterprüfungen.** Die Landwirtschaftskammer hat den Beschlüssen des Ausschusses für Milchwirtschaft entsprechend beschlossen, daß künftig neben vier provinziellen Butterprüfungen im Jahre mehrere Bezirksbutterprüfungen, und zwar in den Bezirken Glogau, Görlitz, Hirschberg, Glatz, Liegnitz, Militsch abgehalten werden sollen. Diese Bezirksbutterprüfungen haben den Vorteil, daß die Praktiker, die die Butterproben einsenden, nach der Prüfung an den zwangsläufig stattfindenden Besprechungen teilnehmen können. Es ist bei diesen Besprechungen nach der Prüfung Gelegenheit gegeben, sich über gegebenenfalls vorkommende Butterfehler beraten zu lassen.

Sibyllenort. Am Sonntag veranstaltet die N. S. D. A. P. Oels im Park „Deutsche Volksfestspiele" in Gestalt von Theatervorführungen auf der Freilichtbühne, musikalischen Darbietungen, Volkstänzen usw. Es wirken 150 Personen mit.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Kirche.

Sonntag, den 10. Juli 1932. 7. Sonntag nach Trinitatis.
Kollekte für die Schlesischen Diasporaanstalten.
9 Uhr Gottesdienst. Pastor Langer.
10½ Uhr Kindergottesdienst. Pastor Langer.
Taufzeit 11½ Uhr.

Vereine.

Ev. Jungmädchenverein: Montag, den 11. Juli, 20 Uhr Nähstube. Mittwoch, den 13. Juli, 20 Uhr Volkstanzkreis im Weideschlössel. Donnerstag, den 14. Juli, 20 Uhr Versammlung (Literaturabend).

Ev. Jugend- und Jungmännerverein. Sonntag, den 10. Juli, 20 Uhr Versammlung (Büchsenschießen). Mittwoch, den 13. Juli, 20 Uhr Volkstanzkreis im Weideschlössel.

Ev. Posaunenchor: Dienstag, den 12. Juli und Freitag, den 15. Juli, 20 Uhr Uebungsabende.

Ev. Frauenhilfe: Die Monatsversammlung ist am 21. Juli 20 Uhr.

Christliche Gemeinschaft innerhalb der Landeskirche

Kirchstraße 11.
Dienstag, den 12. Juli 1932, abends ½8 Uhr: Versammlung

Synagogen-Gemeinde Gottesdienst.

Freitag Abend 8 Uhr (Sabbatzeit).

Lutherischer Gottesdienst.

Sonntag, den 10. Juli vormittags 7 Uhr, Predigtgottesdienst, Pastor Brachmann.

Aerztl. Sonntagsdienst am 10. Juli 1932:

Dr. Trompke, Wilhelmstr. 8.

Produktenmarktbericht.

Amtliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 7. Juli 1932. An der Börse im Großhandel gezahlte Preise für neue Wagenladungen, (Oelsaaten in kleinen Mengen) in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis.

Weizen, Roggen, Hafer und Gerste . . .	für 1000 kg	—
Oelsaaten, Hülsenfrüchte, Futtermittel, Mehl	„ 100 kg	—
Schmereien	„ 50 kg	—
frachtfrei Breslau		
Kartoffeln, Rauhfutter	„ 50 kg	—
ab Erzeugerstation.		

Tägliche amtliche Notierungen

Getreide.	7. 7.	6. 7.
Weizen (schlesischer)		
Hektolitergewicht von 74,5 kg Durchschnitts-Qual. gesund und trocken	239 00	239.00
Hektolitergewicht von 78 kg gut, gesund u. trocken	—.—	—.—
Hektolitergewicht von 72 kg trocken für Müllereizwecke verwendbar.	—.—	—.—
Sommerweizen hart, glasig, 80 kg	—.—	—.—
Roggen (schlesischer)		
Hektolitergewicht von 71,2 kg Durchschnitts-Qual. gesund und trocken	199 00	199.00
Hektolitergewicht von 69 kg trocken für Müllereizwecke verwendbar.	—.—	—.—
Hafer, mittlerer Art und Güte	156.00	156.00
Braugerste, feinste	—.—	—.—
„ gute	—.—	—.—
Sommergerste, mittlerer Art und Güte	—.—	—.—
Industriegerste, 65 kg	—.—	—.—
Wintergerste 63—64 kg „ „ „ „ . . .	—.—	—.—

Tendenz: Abwartend.

Die Preise verstehen sich per 1000 kg waggonfrei Breslau in vollen 15 Tonnenladungen.

Am Sonntag, den 10. Juli 1932, nachmittags 4 Uhr
findet eine

Große Bauernkundgebung

im **Schwuntek**'schen Saale in Namslau statt.

In dieser Wahlkundgebung spricht Pg. Landwirt **v. Oelffen,** Geschäftsführer der Abt. Landwirtschaft, Gau Schlesien, über das Thema:

Bauer in Not — Siedler in Not.

Zu dieser großen Bauernkundgebung erscheinen alle deutschen Bauern und Siedler des Kreises mit ihren Frauen.

Unkostenbeitrag 25 Pfg.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Namslau

Papesch, Gutspächter.

Neues

Steinke's Taschen-Verkehrsbuch

Sommer-Fahrpläne 1932

zu haben in der

Oskar Opitz'schen
Buch- u. Papierhandlung
Zweiggeschäft der Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H.
Namslau
Andras-Kirchstraße 13.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Buchelsdorf und Zubehör Band I Blatt Nr. 4 Strehlitz II eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am 31. August 1932, 10 Uhr an der Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 9 versteigert werden. Laufende Nr. 1, Gemarkung Strehlitz, Grundsteuermutterrolle Art. 220, Gebäudesteuerrolle Nr. 138, Wirtschaftsart und Lage: Bauergut Nr. 41, Größe 2 ha 63 a 40 qm, Grundsteuerreinertrag 23,65 Taler, Gebäudesteuernutzungswert 405 Mark. Der Versteigerungsvermerk ist am 2. Juni 1932 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer war damals der Gasthausbesitzer Vinzenz Quak in Strehlitz eingetragen.

Namslau, den 30. Juni 1932, **Amtsgericht.**

Bereitstellung von Kleingartengelände für Erwerbslose.

Zur Förderung des Kleingartenwesens in der Stadtgemeinde wird Kleingartengelände für Erwerbslose zur Verfügung gestellt.

Bewerber wollen sich bis 15. d. Mts. im Rathaus — Zimmer 5 — melden.

Namslau, den 2. Juli 1932.

Der Magistrat.
Dr. Lober.

Kirchensteuerzahlung für 1932.

Von der diesjährigen Kirchensteuer ist ¼ des Jahresbeitrages bis zum 15. Juli an unsere Kirchkasse zu zahlen. Zahlungen können auch an die Stadtsparkasse Namslau — Konto 83 — oder an die Kreissparkasse Namslau — Konto 1320 — oder auf Postscheckkonto Breslau 74568 — geleistet werden. Die bis dahin nicht eingegangenen Steuern werden durch kostenpflichtigen Boten eingeholt werden.

Evangelischer Gemeindekirchenrat.
M. Langer, Pastor.

Am **Sonntag, den 10. Juli 1932**
nachm. 5 Uhr
finden im **Schloßpark zu Sibyllenort**

Deutsche Volksfestspiele

statt. 150 Mitwirkende.
Freilichttheater / Konzert / Gedichtsvorträge / Gesänge Mandolinenchöre / Volkstänze.
Standartenkapelle mit Spielmannszug, Schlesische Spielschar der N. S. D. A. P., Oelser Mandolinenchor.
Eintrittspreis 50 Pfg., Erwerbslose SA., SS. und Kinder die Hälfte. Alles Nähere siehe Plakate.
Kreisleitung Oels der N. S. D. A. P.

Gegen Sonnenbrand

Niveaöl und Creme
Alojade- und Diadermaöl
Pfeilring-Hautöl
Pohosanöl
Mouson-Sportcreme
Kaloderma-Sonnenbrandcreme
Pigmentan.

Oscar Tietze, Germania-Drogerie.

Werbt für das Namslauer Stadtblatt.

Scharff's Gaststätte, Böhmwitz.
Sonnabend, den 9. Juli 1932

Grosses Streichkonzert

anschließend **Ball.**
Anfang 8 Uhr.
Hierzu laden ergebenst ein
E. und M. Bochnig. J. Scharff.

Versäumen Sie nicht die Erneuerung Ihres Loses
zur **4. Klasse.**
Kauflose in allen Teilungen noch zu haben.
Ziehung 13. u. 14. Juli 1932.
Haesler, Staatl. Lotterie-Einnahme
Namslau.

Zur Fruchtweinbereitung

Sauers Weinhefen
Hefenährsalz
Klärtabletten
Gotea Dichtungsmasse
Gährrohre, Gährballons
Abfüllschläuche, Spunde
Flaschenlack und Kapseln.

Oscar Tietze, Germania-Drogerie.

Gut erhaltenes
Motorrad
steuerfrei, verkauft umständehalber billig.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Stadtblattes.

Bestes
Maschinenöl
Centrifugenöl
Wagenfett
gut und billig, bietet an
Fritz Melzer.

Füllfederhalter-Reparaturen
nimmt an
Oskar Opitz
Buch- und Papierhandlung
Zweiggeschäft der Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H.
Namslau, Andreas-Kirchstraße 13.

Inserieren bringt Gewinn!

Zwangsversteigerungen.

Es werden öffentlich meistbietend zwangsweise gegen sofortige Barzahl. am **Sonnabend, den 9. 7.,** um **10 Uhr** in **Namslau,** Weideschlössel, versteigert: 1 schw. Herrenüberzieher mit Pelzfutter, 4 Warenregale mit Schubläden, 1 Bücherschrk., 1 Sofa, 1 Radio, 1 Klavier, versch. Möbel, 1 kompl. Röstanlage

um **17 Uhr** in **Hönigern** (Bieterversammlg. Gasthaus) 1 Billard, 1 Bullchen, eine Britschke u. a. m., am **11. 7.** um **9 Uhr** in **Eckersdorf,** Bieterver. im Gasth., 1 Wäscheschrank, 1 Kleiderschrank

um **11 Uhr** in **Neu-Marchwitz,** Bietery. Gasth., 1 Bullenkalb, am **12. 7.** in **Hönigern** 1 Klavier (Bieterv. Gasth.), sämtl. Sachen anderw. gepfändet.

Auernheimer, G.V.kr.A.
Namslau.

Sonnabend, den 9. Juli, um **10 Uhr** im Weideschlössel 1 braunes Klavier, 1 Schreibmaschine (Orga-Privat), 1 Geldschrank, 1 Motorrad, 1 Posten Korbmöbel.

Schramm, J.O.S.G.kr.A.